

## **12-Punkte-Programm für Bildungsgerechtigkeit und bessere Lern- und Arbeitsbedingungen an Hessens Schulen: Hessen kann mehr als Platz 13!**

Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir stehen für das Versprechen des sozialen Aufstiegs und gleicher Lebenschancen für alle Menschen. Der Schlüssel hierzu ist Bildung.

Für die Sozialdemokratie ist Bildung ein Menschenrecht. Der Zugang zu ihr darf deswegen nicht länger vom Geldbeutel des Einzelnen abhängen. Bildungserfolg darf nicht länger das Ergebnis von Glück, Zufall und der Leistung Dritter sein. Es ist deshalb eine der zentralen Aufgaben des Landes, ein offenes und sozial durchlässiges Bildungssystem zu schaffen, das kein Kind zurücklässt und allen die gleichen Chancen eröffnet, ihr Potenzial zu nutzen.

In unserem Verständnis befähigt Bildung den Menschen zur Selbstbestimmung, Demokratie und sozialer Verantwortung in einer globalisierten Welt. Sie ist entscheidend für die Entfaltung einer individuellen Persönlichkeit und schafft Akzeptanz für unterschiedliche Lebensentwürfe. Dabei geht es gleichermaßen um die praktische Vermittlung von Wissen und Qualifikationen, die den Zugang zu Arbeit gewährleisten, wie um kreative, soziale, ethische und politische Bildung.

Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten ungehindert zu entfalten. In den Bildungseinrichtungen sind Kindern und Jugendlichen im Geiste gegenseitiger Achtung zur Freiheit, zur Selbstständigkeit, zum sozialen Verantwortungsbewusstsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung die Inhalte des Unterrichts zu vermitteln. Ziel ist, in unserer an weltanschaulichen Überzeugungen und Wertordnungen vielgestaltigen Gesellschaft eine Gesinnung und Haltung des Verstehens, der Toleranz und der Hilfsbereitschaft zu erreichen.

**Wir werden in Regierungsverantwortung Schule vom Kind aus Denken und die individuelle Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.**

Der Bildungserfolg eines Kindes hängt in Deutschland noch immer zu sehr von der Herkunft und vom Einkommen der Eltern ab. Das werden wir ändern: Wir werden mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit schaffen, indem wir flächendeckend echte Ganztagschulen anbieten, die Schulsozialarbeit an allen unseren Schulen verankern und die individuelle Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellen.

Über ein Jahr nach dem Scheitern des Bildungsgipfels, nach härtesten Disziplinarmaßnahmen gegen streikende Lehrkräfte und einschneidenden Stellenkürzungen an vielen Schulen verharret die Landesregierung in Schockstarre. Laut Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft liegt Hessen in der Kategorie Schulqualität auf Platz 13. Der im Oktober 2016 vorgelegte weitgehend

substanzfreie Entwurf einer Schulgesetznovelle zeigt, dass die derzeitige Landesregierung daran bis zum Ablauf ihrer Amtszeit nichts mehr ändern will.

Der CDU-Kultusminister bezeichnete jüngst Chancengerechtigkeit und Wahlfreiheit als Leitlinien schwarz-grüner Bildungspolitik. Leider dienen solche Bekenntnisse von konservativer Seite lediglich dazu, den grünen Koalitionspartner ruhigzustellen und gegenüber der Öffentlichkeit Aktivität vorzugaukeln. Anstatt sich den sich ständig verschlechternden Lern- und Arbeitsbedingungen an unseren Schulen zu stellen, verlieren sich CDU und Grüne in geschönten Zahlen und statistischen Mittelwerten. Die Realität an Hessens Schulen blendet man aus.

Die Konzentration von Schulangeboten im Ländlichen Raum durch Schließung von Schulstandorten ist nicht zielführend. Gerade im Grundschulbereich gilt die Forderung: „kurze Beine, kurze Wege.“ Ein flächendeckendes Schulangebot ist für die Attraktivität des Ländlichen Raumes unverzichtbar.

**Eine zukünftige SPD-geführte Landesregierung wird deshalb:**

- 1. individuelle Förderung und gemeinsames Lernen an allen Schulformen ermöglichen.**
- 2. gleiche Chancen auch für zugewanderte Kinder und Jugendliche schaffen.**
- 3. echte Ganztagschulen ausbauen statt Stückwerk und Schulgeld am Nachmittag.**
- 4. die Finanzierung der Schulsozialarbeit auf eine solide Grundlage stellen.**
- 5. die Ausgrenzung behinderter Kinder beenden.**
- 6. Akzeptanz von Vielfalt fördern und Mobbing vorbeugen.**
- 7. den Lehrermangel beenden, die Lehrerausbildung reformieren und die Lehrerfortbildung stärken.**
- 8. die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern und Belastungen ernst nehmen.**
- 9. Berufsorientierung, Verbraucher- und Medienbildung und die politische Bildung stärken.**
- 10. den hohen Abbruchquoten und Warteschleifen bei der beruflichen Bildung entgegenwirken.**
- 11. den Investitionsstau beenden, die Schulausstattung modernisieren und echte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchsetzen.**
- 12. für mehr Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Bildung und gegen das Kooperationsverbot eintreten.**

## **1. Kein Kind zurücklassen: individuelle Förderung ausbauen, gemeinsames Lernen an allen Schulformen ermöglichen**

**Wir wollen, dass Bildungsverläufe weniger starr vorgegeben sind.**

Das Kind muss im Mittelpunkt stehen und Bildungsplanung viel stärker vom Kind aus gedacht werden. Anstatt immer neue Schulformen zu erfinden, müssen Schulen in die Lage versetzt werden, jedes Kind, das sie aufnehmen, zu einem Abschluss zu führen.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Wir wollen flexible Schuleingangsstufen schrittweise zur Regel an hessischen Grundschulen machen. Dort kann jedes Kind, nach seiner persönlichen Lerngeschwindigkeit, die ersten beiden Schuljahre unkompliziert in einem, in zwei oder auch in drei Jahren durchlaufen, ohne Klassen zu überspringen oder „sitzen zu bleiben“.**
- **Ähnlich wie am Anfang, steht die SPD beim Schulabschluss für einen flexiblen Schulausgang in Form einer „modularisierten Oberstufe“. Dort können Schülerinnen und Schüler die Oberstufe in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen, ebenfalls ohne Klassen zu überspringen oder „sitzen zu bleiben“. Damit schaffen wir eine echte Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler als zeitgemäße Alternative zu G8. Schulen sollen sich für dieses Programm bewerben können, ohne dass ein solches Modell von oben flächendeckend verordnet wird, wie es bei G8 der Fall war.**
- **Auch zwischen Schuleingang und Schulausgang ist die individuelle Förderung Leitprinzip unserer Politik. Wir wollen deshalb alle weiterführende Schulen ermutigen, stärker binnendifferenziert zu arbeiten, d. h. unterschiedliche Angebote für unterschiedlich vorangeschrittene Kinder nebeneinander anzubieten. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen ausbauen, damit Kinder mehr Zeit bekommen, sich zu entwickeln und zu zeigen, was in ihnen steckt. Sie werden nicht länger frühzeitig in Schubladen einsortiert.**

## **2. So schaffen wir gelungene Integration: gleiche Chancen auch für zugewanderte Kinder und Jugendliche**

**Der Bildungserfolg von Kindern aus Zuwandererfamilien hängt unter Schwarz-Grün so stark von der Herkunft ab wie seit den 1960er-Jahren nicht mehr. Während in Hessen zum Ende des Schuljahres 2015/2016 an den 181 Gymnasien gerade einmal 29 Intensivklassen eingerichtet wurden, trugen die Gesamtschulen mit insgesamt 323 Intensivklassen, die Haupt- und Realschulen (ohne Grundschule) mit 142 Klassen und die Beruflichen Schulen mit 354 Klassen die Herausforderung der Integration.**

In Hessen gehen derzeit rund 25.000 Kinder und Jugendliche zur Schule, die ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen ins Land gekommen sind. Davon kommen rund 15.000 aus den zehn Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen wie Syrien oder dem Irak sowie rund 10.000 aus anderen EU-Ländern. Kinder mit Migrationshintergrund lernen zu häufig in nachteiligen Lernumwelten, wie erst kürzlich der Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2016“ feststellte. Etwa 1.000 Kinder und Jugendliche, die ein Schulbesuchsrecht haben, leben derzeit in Erstaufnahmeeinrichtungen. Sie alle haben ein Recht auf gute Bildung und Ausbildung. Die Ressourcen dafür müssen langfristig erhöht und gesichert werden. Die bisher bereitgestellten 800 Lehrkräfte sowie die angekündigten 1.100 Lehr- und weiteren Fachkräfte zum Schuljahr 2016/17 werden nicht ausreichen, weil die Intensiv- und Integrationsmaßnahmen zu beschleunigen, zu vertiefen und zu erweitern sind.

Die Argumentation der Landesregierung, dass Gesamtschulen am besten für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger geeignet seien, weil dort durch das Angebot aller Bildungsgänge nach dem Erwerb der deutschen Sprache der Unterricht ohne Schulwechsel vor Ort fortgesetzt werden könne, ist zwar richtig, darf aber nicht missbraucht werden, um einzelne Schulformen zu überfordern.

Anstatt jedoch gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen, wurden unter Schwarz-Grün die Wochenstunden für Intensivklassen gekürzt. Den Schulen fehlt es deshalb für die Flüchtlingsbeschulung an Stunden und ebenso an Unterstützung für die dort eingesetzten Lehrkräfte. In Erstaufnahmeeinrichtungen wird das Schulbesuchsrecht von staatlicher Seite kaum umgesetzt. Für die Integration der zugewanderten Kinder fehlt es an multiprofessionellen Teams und ausreichend Lehrkräften, um auf dem Stundenniveau der Regelklassen zu unterrichten. Die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge auf die verschiedenen Schulformen ist nicht hinnehmbar. Ein weiteres Problem, das auf Lösung wartet: Egal, ob er/sie ein, drei oder acht Jahre in der Heimat die Schule besucht hat oder der letzte Schulbesuch zwei, fünf oder acht Jahre zurückliegt, das Recht auf den Besuch einer Berufsschule endet derzeit abrupt mit 18 Jahren. Der SPD-Gesetzentwurf zur Erhöhung der Altersgrenze wurde im Landtag von Schwarz-Grün abgeschmettert, obwohl viele Verbände und Einrichtungen mit langjähriger Erfahrung im Umgang mit Integration dies in der Anhörung befürworteten.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Unser Ziel ist ein diskriminierungsfreies Schulsystem. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler ihren Fähigkeiten und Begabungen entsprechend gefördert werden. Wochen- und monatelange Wartezeiten, bevor geflüchtete Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, wird es mit der SPD nicht mehr geben. Die SPD wird dafür sorgen, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche während der Erstaufnahme vor der Einschulung in eine Regelschule durch ein Programm zur Sofortbeschulung und Stabilisierung sprachlich gefördert und adäquat auf den Besuch einer Regelschule vorbereitet werden. Fächer wie Sport, Musik, Kunst und darstellendes Spiel sind per se gut geeignet, um Schülerinnen und Schüler zu integrieren. Diese Fächer müssen gestärkt werden. Dazu gehört auch, die Aus- und Weiterbildung für das Mangelfach Musik neu zu überarbeiten. Über den Bildungserfolg dürfen weder Herkunft, Herkunftssprache, Elterneinkommen noch sonstige äußere Faktoren entscheiden.**
- **Eine SPD-geführte Landesregierung wird Intensivklassen auf alle allgemeinen Schulformen gleich verteilen und den Zugang zum bestmöglichen Bildungsabschluss unabhängig von der Herkunftssprache sichern. Die Wochenstundenzahl muss der Regelstundenzahl der jeweiligen Schulstufe entsprechen.**
- **Eine Erhöhung der Altersberechtigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre ist notwendig für Flüchtlinge, die keine hinreichende Schulbildung mitbringen. Flüchtlingsschüler müssen aktiv auch in die Nachmittagsangebote einbezogen werden. Lehrkräfte müssen ausreichend fortgebildet werden – insbesondere muss „Deutsch als Zweitsprache“ endlich verpflichtend in der Lehrkräfteausbildung verankert werden.**

### **3. Echte Ganztagschulen statt Stückwerk - Kein Schulgeld am Nachmittag**

**In keinem anderen Land der Bundesrepublik besuchen weniger Schüler gebundene – d. h. echte – Ganztagschulen. Mit einer Teilnahmequote von 3,8 Prozent ist Hessen bundesweit Schlusslicht!**

Eltern von Ganztagschülern sind in Deutschland deutlich zufriedener mit dem schulischen Angebot als solche von Kindern mit Halbtagsbeschulung. Dies belegt eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung. Ganztagschulen bieten den besten Rahmen für die Förderung der Kinder. Schwarz-Grün hingegen setzt auf sogenannte ganztägig arbeitende Schulen, die mit dem „Pakt für den Nachmittag“ von den Eltern ein Schulgeld durch die Hintertür erheben und auch die Kommunen zusätzlich belasten. Bei solchen „offenen“ Varianten der Ganztagschule besuchen nur einzelne Kinder am Nachmittag Angebote ergänzend zur eng verdichteten Halbtagsbeschulung. Die SPD setzt dagegen auf ein Angebot an „gebundenen“ Ganztagschulen, d. h. echten Ganztagschulen. Dort lernen alle Kinder im Klassenverband den ganzen Tag über, sodass der Unterricht, Pausen, Entspannungs- und Bewegungsangebote über den ganzen Tag verteilt („rhythmisiert“) und das soziale Lernen gestärkt werden kann. Auch „teilgebundene“ Formen sind möglich, in denen der Ausbau zur echten Ganztagschule mit einzelnen Klassen oder Jahrgängen beginnt. In echten Ganztagschulen werden Hausaufgaben durch Schulaufgaben ersetzt, sodass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen haben, ihre Aufgaben zu bewältigen. Eine kostenpflichtige Nachmittagsverwahrung unter Aufsicht von 450-Euro-Kräften, wie sie durch den Pakt für den Nachmittag ermöglicht wird, ist dagegen kein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit!

Zwar ist es der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2016 gelungen, ein 6-Millionen-Euro-Sonderprogramm zur Beschleunigung des Ausbaus echter Ganztagschulen durchzusetzen. Dies kann jedoch nur ein Anfang sein. Denn seit 17 Jahren CDU-Regierung wird fast jede Bemühung allgemeiner Schulen, sich zu echten Ganztagschulen zu entwickeln, durch unzureichende Lehrerstellen im Keim erstickt. Die Schulen brauchen nun eine klare und verlässliche Entwicklungsperspektive hin zu echten Ganztagschulen in gebundener oder teilgebundener Form. Legt man das derzeitige schwarz-grüne Ausbautempo zugrunde, dann wird es noch 370 Jahre dauern, bis alleine alle der rund 1.100 hessischen Grundschulen echte Ganztagschulen sind.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Die SPD wird als einen Kernpunkt ihres Regierungsprogramms endlich ernsthafte Ausbaustrebungen hin zu echten Ganztagschulen in gebundener und teilgebundener Form unternehmen. Wir wollen Schulen durch eine angemessene Personalausstattung motivieren, sich auf diesen Weg zu begeben.**
- **Um Schulentwicklung anzustoßen, muss ein über mehrere Jahre angelegtes, anwachsendes Ganztagschulausbauprogramm den Schulen verlässlich Entwicklungsperspektiven aufzeigen.**
- **Ganztägige Bildung muss für die Eltern kostenfrei sein.**

#### **4. Schulsozialarbeit: Drittelfinanzierung muss kommen!**

**Derzeit lässt das Land die Kommunen und Schulträger allein. Die Hessen-CDU hat ihr Wahlversprechen einer Drittelbeteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit gebrochen. Dabei ist der flächen-deckenden Ausbau der Schulsozialarbeit in Hessen dringend notwendig.**

Das Land muss die Kosten für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mit übernehmen. Schulsozialarbeit ist in zunehmendem Maße eine unverzichtbare Voraussetzung an Schulen für erfolgreichen Unterricht, für Schulerfolg und für einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung und Beruf geworden. Schulsozialarbeit trägt in stetig steigendem Maße zur Gewährleistung von Teilhabechancen und damit zur Bildungsgerechtigkeit bei. Schulsozialarbeit stärkt die Schülerinnen und Schüler, sie unterstützt die Familien und sie stellt die Brücke zwischen Schule und Jugendhilfe mit ihren vielfältigen weiteren Beratungs-, Förder- und Hilfsangeboten dar.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Eine SPD-geführte Landesregierung wird die solidarische Drittelfinanzierung zwischen Land, Schulträger und Standortkommune umsetzen.**

#### **5. Schluss mit der Ausgrenzung behinderter Kinder**

**Nur 1,3 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Hessen werden inklusiv beschult. Gleichzeitig wird jede Bemühung, die Einbeziehung behinderter Kinder voranzubringen, blockiert, indem sich die Landesregierung weigert, ausreichend Lehrkräfte hierfür aus- und weiterzubilden. So bleibt Hessen das Land mit der geringsten Inklusionsquote bundesweit!**

Über 30 Jahre nach der Einführung des gemeinsamen Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung in Hessen sind wir noch immer weit von einem inklusiven Schulsystem entfernt, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention seit 2009 auch in Deutschland fordert. Inklusion schleppt sich mühsam durch ein paar Modellregionen. Es fehlen ein Masterplan zur Erreichung des UN-Ziels und eine systematische Herangehensweise. Inklusion bleibt in Absichtserklärungen stecken. Die Unzufriedenheit bei Eltern und Schulen steigt aufgrund schlechter Rahmenbedingungen. Während in Schleswig-Holstein fast 70 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen inklusiv beschult werden, sind es in Hessen gerade einmal knapp 20 Prozent: Hessen ist Schlusslicht. Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen gelingt es anderen Bundesländern, bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine klare Richtung in allen Schulstufen vorzugeben. Fehlende Ressourcen, fehlende Stunden für die Einbeziehung behinderter Kinder und fehlende räumliche Kapazitäten dafür sind schwarz-grüne Realität. Anstatt den Ressourcendeckel für Inklusion im Schulgesetz zu streichen, werden bestehende Standards weiter abgebaut. Dort, wo

neue Stellen geschaffen werden, können diese häufig nicht besetzt werden, weil die Aus- und Weiterbildungskapazitäten für Förderpädagogen unzureichend sind.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Die SPD wird in ihr Regierungsprogramm einen Masterplan Inklusion für Hessen aufnehmen, der deutlich macht, wann und wie ein inklusives Schulsystem erreicht werden kann. Kinder und Jugendliche mit Behinderung müssen gemeinsam, d. h. wirklich inklusiv unterrichtet werden. Lehrkräfte müssen die Ausbildung und die Möglichkeiten haben, inklusiv unterrichten zu können. Am besten funktioniert dies in Ganztagschulen. Grundprinzip muss sein: Jedes Kind besucht die Regelschule in der Nachbarschaft, die auch das nichtbehinderte Geschwisterkind besucht. Alle Schulformen müssen sich beteiligen. Hierfür müssen die Aus- und Weiterbildungskapazitäten für Förderpädagogen erhöht werden, mit dem Ziel, jeder hessischen Schule eine feste Grundausstattung an Förderpädagogen zur Verfügung zu stellen. Die jetzigen Förderschulen müssen sich zu inklusiven Schulen weiterentwickeln können.**
- **Förderpädagogen müssen mit ihren Unterrichtsstunden einer Schule zugeordnet werden, anstatt von Schule zu Schule reisen zu müssen. Durch gute Lern- und Arbeitsbedingungen muss die inklusive Beschulung als Bereicherung für alle Schülerinnen und Schüler wahrgenommen werden.**
- **Der Ressourcenvorbehalt für inklusive Beschulung muss aus dem Schulgesetz gestrichen werden. Wir wollen, dass der Anspruch auf besondere Förderung nicht nur auf Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen beschränkt wird. Wir wollen, dass es die Möglichkeit besonderer pädagogischer Förderung auch jenseits der Sonderpädagogik für alle Kinder mit besonderem Bedarf an allen Schulen gibt, wenn dies für die individuelle Förderung des jeweiligen Kindes sinnvoll ist. Wir wollen, dass diese Unterstützungsmöglichkeit für alle Kinder mit Teilleistungsstörungen, besonderen Begabungen oder fehlenden Sprachkenntnissen sichergestellt wird.**



## **6. Akzeptanz von Vielfalt fördern und Mobbing vorbeugen**

Schule hat für uns den Auftrag, alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Individualität anzunehmen und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Das gilt auch für die Vielfalt unterschiedlicher Lebensweisen.

Insbesondere eine angemessene Berücksichtigung und Behandlung von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität im Unterricht trägt dazu bei, gegenseitiges Verständnis zu fördern und Diskriminierung durch Ausgrenzung und Mobbing vorzubeugen.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- Die SPD erklärt zum Ziel, die Akzeptanz vielfältiger Lebensmodelle im Schulbereich zu fördern.
- Wir werden Initiativen und Projekte fördern, die eine niedrighschwellige Einführung in das Themengebiet ermöglichen und dadurch die Bildungsarbeit der Lehrkräfte bereichern. Hierzu zählt insbesondere das Projekt „SCHLAU“.
- Wir wollen unsere Schulen bei der Entwicklung einer Willkommenskultur und der Schaffung eines Klimas der Akzeptanz und Wertschätzung im schulischen Alltag unterstützen, die für alle Schülerinnen und Schüler, alle Lehrkräfte und alle sonstigen an der Schule tätigen Personen gleichermaßen gilt.
- Wir schaffen Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, die den Vielfaltansatz vermitteln, und wollen Lehrkräfte bei der Umsetzung unterstützen. Weiter werden wir die Ausbildung der Lehrkräfte um den Themenbereich Vielfalt, pädagogische Deeskalation und Strategien zur Vermeidung von Mobbing ergänzen.“

## **7. Neue Lehrer braucht das Land: Lehrermangel beenden, Lehrerausbildung reformieren, Lehrerfortbildung stärken**

Der Lehrkräftemangel an hessischen Schulen nimmt dramatische Ausmaße an. Zahlreiche Stellen, die auf dem Papier existieren, können nicht mit qualifizierten Köpfen besetzt werden, weil entsprechend ausgebildete Lehrkräfte fehlen. Dies betrifft in besonderem Maß Grundschullehrkräfte, Berufsschullehrkräfte, Förderpädagogen und Lehrkräfte für Deutsch als Zweit-/Fremdsprache. Aber auch für einzelne Fächer anderer Schulformen werden zunehmend Mangelercheinungen erkennbar.

Indem sich der Kultusminister dafür lobt, dass die Einstellungschancen für Lehrkräfte selten so gut gewesen seien wie derzeit, versucht er, von den Versäumnissen der CDU-geführten Regierungen der letzten Jahre abzulenken. Die Landesregierung hat dabei versagt, ausreichend Lehrkräfte auszubilden. Gleichzeitig finden sich immer weniger qualifizierte Kräfte, die bereit sind, Schulleitungsaufgaben wahrzunehmen. Zu viele Schulleitungsstellen sind nicht besetzt.

Ein Studium von sechs Semestern, wie für Grund-, Haupt- und Realschulen vorgesehen, ist nicht mehr zeitgemäß, zumal sich gerade an diesen Schulen besondere Herausforderungen für die Lehrkräfte ergeben. Eine Studiendauer von zehn Semestern ist deshalb für alle Lehrämter notwendig, um den neuen Herausforderungen dieses Berufs besser zu begegnen. Theorie und Praxis aus der ersten und zweiten Phase der Ausbildung sind stärker zusammenzuführen. Wir schlagen die Gleichwertigkeit der Lehrämter vor. Anstatt für Schulformen sollte für Schulstufen (Grundstufe/Sekundarstufe) ausgebildet werden, um damit die Grundlage für die gleiche Entlohnung der Lehrämter zu schaffen.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Die SPD wird verbesserte Aus- und Weiterbildungskapazitäten für Mangelfächer und betroffene Lehrämter zu einem Kernpunkt des Landtagswahlkampfes machen.**
- **Eine einheitliche Studiendauer von zehn Semestern für alle Lehrämter ist notwendig, um den neuen Herausforderungen dieses Berufs besser zu begegnen und Lehrkräfte angemessen auf die Schulrealität vorzubereiten.**

## **8. Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern – Belastungen ernst nehmen**

**Statt Lehrkräfte zu maßregeln und zu drangsalieren, sollte die Landesregierung im Dialog mit den Betroffenen nach Lösungen suchen und ihre Kritik ernst nehmen.**

Die vergangene Nullrunde und das aktuelle Besoldungsdiktat der Landesregierung sind kein Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften. Die im vergangenen Schuljahr von 53 Kollegien verfassten Überlastungsanzeigen sprechen eine klare Sprache. Immer mehr Lehrkräfte klagen über erschwerte Arbeitsbedingungen und massive Überlastung im Beruf. Zunehmend alters- und entwicklungs-heterogene Gruppen, die Integration von Kindern ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen, die Inklusion von Kindern mit Behinderungen und Beeinträchtigungen, die zunehmende Kooperation mit Kindertagesstätten, weiterführenden Schulen und außerschulischen Partnern sowie zunehmende Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben sind nur ein Teilbereich der gewachsenen Herausforderungen und Anforderungen. Die Landesregierung ist deshalb gefordert, in einen ernsthaften Diskurs einzutreten, wie sie als Arbeitgeber der steigenden Belastung und Arbeitsverdichtung von Lehrkräften künftig Rechnung tragen will. Stattdessen aber reagiert Schwarz-Grün mit Unverständnis auf Überlastungsanzeigen und harter Hand auf Proteste und Streiks. Weit von der Unterrichtsrealität entfernt wird mit Durchschnittswerten argumentiert anstatt sich zu fragen, warum die angeblich so gute Lehrkräftezuweisung nicht den gewünschten Effekt bringt.

Der hessische Lehrermangel wird durch Schwarz-Grün weiter verschärft. In benachbarten Bundesländern werden Lehrkräfte besser bezahlt und haben attraktivere Arbeitszeiten. Anstatt ein attraktiver Arbeitgeber für Lehrkräfte aus anderen Bundesländern zu sein, wandern zunehmend Lehrkräfte in andere Bundesländer ab.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Wir fordern die Übertragung der Tarifergebnisse der Jahre 2015 und 2016 in Höhe von insgesamt 4,4 Prozent auf alle hessischen Beamtinnen und Beamten.**
- **Überlastungsanzeigen von Lehrkräften dürfen nicht länger einfach abgetan werden. Durch eine verbesserte Lehrkräfteausbildung, ausreichend Fort- und Weiterbildungsangebote, multiprofessionelle Teams und bessere Lern- und Arbeitsbedingungen müssen unsere Lehrkräfte entlastet werden.**
- **Die unsägliche Praxis, befristet angestellte Lehrer in den Sommerferien jedes Jahr aufs Neue für sechs Wochen in die Arbeitslosigkeit zu schicken, wird mit einer SPD-geführten Landesregierung umgehend beendet.**
- **Wir wollen die ungleiche Behandlung bei Lehrerinnen und Lehrern abbauen, indem wir für neu eingestellte Lehrkräfte einen einheitlichen Tarif schaffen und die Leiterinnen und Leiter von kleinen bzw. Grundschulen dem tatsächlichen Mehraufwand entsprechend bezahlen.**
- **Gewaltprävention an Schulen, durch Deeskalationskurse und -angebote, auch für den Bereich der Gewalt gegen Lehrkräfte.**

## **9. Den Herausforderungen der Zeit begegnen: Berufsorientierung, Verbraucher- und Medienbildung sowie politische Bildung tatsächlich stärken, statt nur darüber zu reden**

Ein durchgängiges Prinzip von Schwarz-Grün ist es, Schulen mit neuen Aufgaben per Erlass zu belasten, ohne gleichzeitig Konzepte und Ressourcen zur Umsetzung anzubieten.

Ob in der Berufsorientierung, der Verbraucher- und Medienbildung oder in der politischen Bildung, Papier ist geduldig. Aktuelle Wahlergebnisse und zunehmende extremistische Neigungen machen eine Stärkung der schulischen politischen Bildung unabdingbar. Verbraucher- und Medienbildung sind in einer zunehmend medien- und internetbasierten Welt unabdingbar. Sie benötigen ebenso wie die Berufsorientierung ein Ankerfach an allen weiterführenden Schulformen, um deren Umsetzung durch qualifizierte Lehrkräfte sicherzustellen.

Keine technische Neuerung hat unsere Lebenswelt so nachhaltig verändert wie die elektronischen Medien. Medienkompetenz hat sich neben Lesen, Schreiben und Rechnen zur vierten Schlüsselkompetenz entwickelt, über die jeder Schulabgänger verfügen sollte. Neben der Fähigkeit zum Umgang mit modernen Techniken bedeutet Medienbildung die Fähigkeit zur aktiven, kreativen Gestaltung von Medien und die aktive Wahrnehmung der informationellen Selbstbestimmung.

Doch die digitalen Defizite in unseren Schulen sind erheblich. Neben der digitalen Ausstattung mangelt es an qualifizierter schulischer Medienbildung. Neben den fehlenden grundlegenden Konzepten mangelt es an Lehrkräften, Dozenten und Ausbildern.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Wir werden Medienbildung und Medienerziehung verbindlich in die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte implementieren.**
- **Für den Unterricht werden wir ein Landesmedienkonzept erarbeiten, um Medienkompetenz ganzheitlich zu vermitteln. Dabei ist zu berücksichtigen, wie moderne mediengestützte Lernverfahren sinnvoll zur Verbesserung des Lernens und Lehrens eingesetzt werden können.**
- **Insbesondere im gymnasialen Bildungsgang muss Berufsorientierung eine stärkere Rolle spielen, um den Schülerinnen und Schülern eine ausgewogene Grundlage für ihre Berufs- bzw. Studienplanung zu ermöglichen. Zudem kann so die duale Ausbildung gestärkt werden. Wir wollen eine Stärkung der Berufsorientierung durch eine wie an anderen Schulformen mit Wochenstunden hinterlegte Verankerung in einem Schulfach umsetzen, anstatt ausschließlich auf den fächerübergreifenden Charakter zu verweisen. Anknüpfend an die frühere Arbeitslehre sind hier unabhängig von der fächerübergreifenden Bedeutung ebenso die Verbraucherschutz- und Medienbildung anzusiedeln.**

- Gleichzeitig muss die politische Bildung in all ihren Facetten (z.B. gesellschaftliche Grundwerte, Rechtsstaatlichkeit, Konfliktbewältigungsmechanismen) an allen weiterführenden Schulen gestärkt werden. Das hohe Maß an fachfremd erteilten Unterricht in diesem Bereich muss reduziert werden. Wir wollen den Politikunterricht aufwerten.

## **10. Berufliche Bildung weiterentwickeln: Abbrecherquoten senken, Warteschleifen verhindern und regionale Kooperationen stärken**

Schwarz-Grün lässt zu viele Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung zurück, immer weniger Personen beginnen eine duale Ausbildung, obwohl 20 Prozent eines Jahrgangs nicht beruflich qualifiziert sind. Die regionalen Potenziale vernetzter Ausbildungsprogramme in einem Bildungsraum bleiben ungenutzt.

Wir wollen die duale Ausbildung mit ihrer Nähe zur betrieblichen Praxis stärken und fördern. Gut ausgebildetes Fachpersonal ist die beste Werbung für berufliche Bildung und muss wieder Gegenstand allgemeiner Wertschätzung werden. Regionale Bildungsräume sichern die Vernetzung etwa zwischen staatlichen Schulen, Unternehmen, Berufsverbänden, freien Bildungsträgern und der Agentur für Arbeit, die sich jeweils um eine gute Ausbildungsqualität bemühen und die Jugendlichen zum Abschluss motivieren. Die Übergangssysteme zwischen Schule und beruflicher Bildung sind in Hessen unübersichtlich und ineffizient. Ein Übergangsmangement in den Regionen konzentriert die Angebote und berät.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- Die SPD wird die Wertschätzung der beruflichen Bildung erhöhen und die Ausbildungsabbrecherquote senken.
- Um die Bildungswege junger Menschen nicht zu bremsen, werden wir Warteschleifen verhindern, indem wir die bestehenden Übergangssysteme zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung fokussieren.
- Wir werden regionale Kooperationen stärken, um durch horizontale und vertikale Verzahnung allgemeine Bildung und berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung als kommunale staatliche Aufgabe zu stärken.
- Wir werden einen Plan zum Ausbau der Berufsschulen auflegen, der Fachklassenstandorte in ländlichen Räumen sichert und der die beruflichen Schulen auf die zu erwartende digitale Revolution der Arbeitswelt vorbereitet und damit zukunftsfest macht.

## **11. Investitionsstau beenden, Schulausstattung modernisieren und echte Lehr- und Lernmittelfreiheit durchsetzen**

**Viele Schulgebäude in Hessen befinden sich aufgrund der langjährigen Unterfinanzierung der Kommunen durch CDU-geführte Landesregierungen in einem erbärmlichen Zustand; die digitale Ausstattung der Schulen ist im internationalen Vergleich abgeschlagen.**

Für den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen sind der bauliche Zustand und eine moderne Ausstattung der Schulen von großer Bedeutung. Ein leistungsfähiges Bildungssystem erfordert nicht nur motivierte und gut ausgebildete Lehrkräfte, sondern auch eine angemessene Schulausstattung, moderne Schulgebäude und aktuelle Lehrmaterialien. Die hessische SPD begrüßt deshalb die von der Bundes-SPD und den SPD-Ministerpräsident(inn)en im Oktober erreichte Ausweitung der Kompetenzen des Bundes bei der Förderung der kommunalen Bildungsinfrastruktur für finanzschwache Kommunen und die jetzt zusätzlich dafür zur Verfügung stehenden Mittel von bundesweit 3,5 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt. Diese werden allerdings noch nicht hinreichend sein, um den langjährigen Investitionsstau an Hessens Schulen aufzulösen und die notwendigen Aufgaben bei Integration und Ganztagschulausbau zu stemmen.

Gute Bildung und Chancengleichheit setzt gleichwertigen Zugang zu allen Lehrmitteln und Lehrmaterialien für alle Schülerinnen und Schüler voraus. Wir betrachten deshalb kostenfrei zur Verfügung gestellte Lehrmittel als Teil einer vollwertigen Schulausstattung.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Wir werden uns auf Bundesebene für eine nationale Allianz für Bildung einsetzen, die neben der Sanierung auch eine zeitgemäße digitale Ausstattung der Schulen und den Ausbau von Ganztagschulen in den Fokus nimmt.**
- **Die hessische SPD steht für hochwertige, gebührenfreie, ganztägige Bildungsangebote von der Krippe bis zum Masterabschluss. Damit alle Kinder gleiche Chancen haben, wollen wir eine echte Lehr- und Lernmittelfreiheit, d. h. inklusive kostenlos zur Verfügung gestellter Lernmaterialien, durchsetzen.**
- **Neben den kostenfreien Lehr- und Lernmitteln dürfen Schülerbeförderungskosten nach dem Erreichen des Mittleren Abschlusses ebenfalls keine Bildungshürde sein. Hierzu fordern wir ein echtes Schüler-BAföG, das seinen Namen auch verdient.**

## **12. Bund-Länder-Zusammenarbeit ausbauen und Kooperationsverbot abschaffen**

**Schwarz-Grün tut nichts gegen das unsinnige Verbot der Bund-Länder-Zusammenarbeit.**

Das 2006 im Zuge der Föderalismusreform u. a. auf Drängen der damaligen hessischen CDU-Landesregierung in das Grundgesetz eingefügte Kooperationsverbot, das dem Bund die finanzielle Förderung in Bereichen untersagt, für die laut Verfassung die Bundesländer zuständig sind, hat sich für die auskömmliche Bildungsfinanzierung als Bumerang erwiesen.

Die hessische SPD begrüßt deshalb den im Oktober von der SPD-Seite erreichten Bund-Länder-Kompromiss zur grundgesetzlichen Erweiterung der Mitfinanzierungskompetenzen des Bundes im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur für finanzschwache Kommunen. Dieser ist für die zahlreichen neuen Aufgaben, wie den Ausbau der Ganztagschulen, Integration und Ausbau der sportlichen, kulturellen und sozialen Angebote, allerdings noch nicht ausreichend. Nur mit der generellen Abschaffung des Kooperationsverbots im Schulbereich könnte der Bund auch wieder seinen dringend benötigten Beitrag zu dem im Grundgesetz verankerten Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten. Die Weigerung von Schwarz-Grün, sich für die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz einzusetzen, schadet Hessens Schulen und ist ein Bruch der grünen Wahlversprechen von 2013. Alle Schulen brauchen verlässlich, dauerhaft und ausreichend personelle Ressourcen und mehr Unterstützung für Mehrarbeit durch Inklusion, Integration und Ganztagsbeschulung. Ohne Unterstützung des Bundes ist dies kaum zu stemmen, denn alle Bundesländer haben einen erheblichen Finanzierungsbedarf im Bildungsbereich. Das Kooperationsverbot blockiert eine gemeinsame Finanzierung von notwendigen Aufgaben.

**Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:**

- **Wir wollen, dass sich die hessische Landesregierung künftig für die Aufhebung des Kooperationsverbots im Schulbereich einsetzt. Wir wollen, dass Zusammenarbeit ermöglicht wird, wenn dies punktuell gemeinsam gewünscht wird, anstatt die Kooperation von vornherein zu verbieten.**